



Demokratie und Zusammenhalt | 05.2025

## Bruchlinien der Demokratie

Für eine neue Kultur des Konflikts und der Beteiligung im KI-Zeitalter

Dominik Hierlemann, Rebekka Vollmer, Stefan Roch, Angela Jain

Es war schon einfacher für die Demokratie. Ihre globale Strahlkraft lässt nach, gesellschaftliche Konflikte verhärten sich und staatliche Institutionen verlieren an Legitimität. Zugleich wächst der Wunsch nach mehr Mitgestaltung und einem neuen Miteinander. Was also tun? Sanierungskonzepte für die Demokratie von morgen müssen die hier beschriebenen Bruchlinien der Gegenwart berücksichtigen. Klar wird: Staat und Gesellschaft im KI-Zeitalter brauchen mehr Offenheit für Kooperation und eine neue Konflikt- und Kompromisskultur.



### Äußerer Druck, innere Zweifel: Die liberale Demokratie in der Sinnkrise

Die liberale Demokratie verliert seit Mitte der 2000er Jahre an Strahlkraft – sie scheint gar auf dem Rückzug. Dass autoritäre Regime wie China oder

Saudi-Arabien leistungsfähig, durchsetzungsstark und teilweise zu beneiden seien, ist zunehmend auch in Europa zu hören. Gescheiterte Demokratieexporte wie im Irak oder Afghanistan, Stagnation und Rückschritte in westlichen Gesellschaften sowie demokratisches Backsliding etwa in Mittelosteuropa zeigen: Eine fortlaufende weltweite Demokratisierung ist nicht der zwangsläufige Gang der Geschichte.

Neben dem Verlust globaler Strahlkraft wachsen die Zweifel im Inneren – das gemeinsame normative Verständnis in Demokratien bröckelt. In den USA werden fundamentale demokratische Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Medien- und Wissenschaftsfreiheit infrage gestellt. Rechtspopulist:innen überall auf der Welt flirten offen mit dem Autoritären. Bedeutet die Sinnkrise, dass das „Licht“ der liberalen Demokratie langsam „erlischt“?<sup>1</sup> Der weltweite Bedeutungsverlust nährt Zweifel an der eigenen Ordnung und die inneren Verwerfungen dämpfen die Begeisterung für die Demokratie rund um den Globus.

Die Ursachen hierfür sind so vielfältig wie vielfach beschrieben. Wirtschaftliche Verwerfungen, kulturelle Identitätskonflikte sowie permanente Krisenerfahrungen erzeugen verstetigende Unsicherheit und führen zum Rückzug auf die eigene nationale Scholle. Die Verlockungen autoritärer Führung sind dann nicht weit.

Wo also Hoffnung schöpfen? Erst einmal die positiven Beispiele nicht vergessen: In Südkorea vereiterten Parlamentarier und Zivilgesellschaft gemeinsam einen Putschversuch und weltweit profitieren gemäßigte Politiker:innen bei Wahlen teils von einem Anti-Trump-Bonus. Vor allem aber gehört das permanente sich-infrage-Stellen zur demokratischen

Selbstverständlichkeit. Demokratien lassen Kritik zu und nutzen sie für die eigene systemische Weiterentwicklung. Offenheit dafür hilft weit mehr als repetitive Krisenrhetorik über den Niedergang der Demokratie.



## Disconnected: In einer digitalen Welt verliert die Demokratie ihre analogen Stärken<sup>2</sup>

Demokratische Prozesse verlaufen traditionell analog, linear und bewusst langsam. Diese Trägheit war ursprünglich keine Schwäche, sondern ein Garant für demokratische Stabilität und Grundprinzipien wie Teilhabe, Rechtsklarheit und Verlässlichkeit.

Die Welt heute ist jedoch digital: individualisiert und auf Echtzeitfeedback getrimmt. Auf Sozialen Plattformen wird deutlich, wie digitaler Diskurs in seiner gegenwärtigen Ausprägung „funktioniert“: Likes und Dislikes belohnen Zuspitzung, die Informationsflut erschwert Moderation und ist lediglich ein lästiger Kostenfaktor – wenig verwunderlich, dass die Forschung unterstreicht, dass digitale Medien einen überwiegend negativen Einfluss auf demokratische Prozesse ha-

ben.<sup>3</sup> Alternativangebote wie Mastodon oder Bluesky, mit schwächer ausgeprägten algorithmischen Timelines, mehr oder anderer Moderation und größerer Nutzerautonomie, finden im Gegensatz zu X, Instagram oder TikTok kaum breite Nutzerschaft.

Demokratische Entscheidungen leben jedoch vom sorgfältigen Austarieren von Kompromissen, gewährleistet durch langsame, institutionalisierte Prozesse. Ist Kompromissfähigkeit als Grundprinzip demokratischer Entscheidungsfindung eine rein analoge Kompetenz? Zumindest setzt sie voraus, dass wesentliche Meinungen und Standpunkte in einem

ABBILDUNG 1 Innere Herausforderungen und autoritäre Erfolgserzählungen: Versprechen liberaler Demokratie unter Druck



Quelle: Eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

linearen Prozess integriert werden, mit Feedback-Loops und unter Berücksichtigung vieler Stimmen. Digitale Diskurse funktionieren dagegen nicht „langsam-linear“, sondern „beschleunigt-gleichzeitig“.

---

*„KI kann Informationsflüsse so ordnen, dass sie Grundlage reflektierter, kompromissorientierter Diskurse werden.“*

---

Schwierig ist es also schon jetzt. Nun stellt sich die Frage, ob die rasche Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) neue Perspektiven eröffnen kann. Zweifelsohne birgt KI das Risiko, autokratische Kräfte zu stärken und Demokratien noch tiefer ins digitale Chaos zu stürzen – so bietet sie ein ganzes Arsenal an Möglichkeiten zur „Verbesserung“ von Desinformation und hybrider Kriegsführung. Aber das ist nicht alles: Analytische und generative KI schaffen auf der anderen Seite neue Möglichkeiten, analoge Qualitäten der Demokratie in einer digitalen Welt zu stärken. Schon heute ist etwa sichtbar, wie Beteiligungsplattformen wie Pol.is vielfältige Meinungen KI-unterstützt so strukturieren, dass trotz Differenzen dialogfähige Vorschläge entstehen.<sup>4</sup> KI kann Informationsflüsse so ordnen, dass sie Grundlage reflektierter, kompromissorientierter Diskurse werden. Wie nutzen wir also KI für die Demokratie von morgen – als ein Tool, das demokratische Debatten weiter verzerrt, oder aber als Hilfsmittel, um diese zu stärken und Abläufe zu verbessern?



## Strategien verzweifelt gesucht: Populismus aushalten, Extremismus bekämpfen

Lange Zeit galt Populismus in westlichen Demokratien als nicht nur zu überwindendes, sondern auch überwindbares Phänomen. Diese Hoffnung scheint zerstoben: Populistische Parteien sind fester Bestandteil demokratischer Parteiensysteme geworden, teilweise sogar in Regierungsverantwortung. Die Strategie der etablierten Parteien, jede Wahl zu einer demokratischen Schicksalswahl auszurufen, trägt auf Dauer nicht. Wähler:innen lassen sich nicht gerne als Geisel nehmen – auch dann nicht, wenn es um die Demokratie geht.

Doch Populismus erschöpft sich längst nicht mehr im Erfolg einzelner Parteien. Vielmehr hat er sich als Diskurs und Stil öffentlicher Kommunikation sowie als politische Strategie verfestigt. Hier gilt es klar zu unterscheiden<sup>5</sup>: Populismus als Stil bezieht sich auf Sprache, Rhetorik und Inszenierung, unabhängig von konkreten Inhalten oder Programmen. Dabei geht es weniger um das, was gesagt wird, sondern wie es geschieht. Dieses Stilmittel prägt heute breite Teile der Öffentlichkeit und beeinflusst unsere Debattenkultur.

Als politische Strategie hingegen setzt Populismus auf die gezielte Top-down-Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen durch politische Führungsfiguren, die sich als einzige wahre Vertreter:innen „des Volkes“ inszenieren, Eliten delegitimieren und ein anti-pluralistisches Politikverständnis propagieren. Hier sind Übergänge zum Extremismus fließend: Populismus als Diskurs oder Stil fordert die Demokratie heraus, als politische Strategie mit klar demokratiefeindlichen Bezügen will er sie abschaffen. Wenn aus Kritik Verachtung wird, aus Gegner:innen Feinde, wenn Institutionen gezielt delegitimiert werden, dann sind Extremist:innen am Werk.

Für Demokrat:innen gilt es, wachsam zu sein, wenn Populismus zur Gewohnheit wird – und konsequent zu handeln, wenn Extremismus sichtbar wird. Ein Gewöhnungseffekt an populistischen Stil und Diskurs verhindert das rechtzeitige Anläuten demokratischer Alarmglocken. Parteien sollten ihre Rhetorik immer wieder selbstkritisch prüfen. Es bedarf des Mutes zur argumentativen Differenzierung, des Bisses, Extremist:innen mit inhaltlichen Debatten zu begegnen, und zugleich des beständigen Willens, Extremismus dort, wo er sichtbar wird, klar zu benennen und zu bekämpfen.

Zudem ist zu bedenken, ob nicht die vielfach geäußerte Annahme, dass Wähler:innen populistischer und extremistischer Parteien nicht zwingend selbst so radikal in ihren Einstellungen sind, zu einem Umdenken der bisherigen Kommunikations- und Diskursformate führen sollte. Eine sich verändernde Parteienlandschaft scheint diesen Gedanken nahezulegen. In den neuen Mehrparteiensystemen verlieren große Parteien an Bindekraft. Ihnen gelingt es nicht mehr, unterschiedliche Wähler:innengruppen unter einem Schirm zu vereinen. Gerade jüngere Wähler:innen testen Parteien an den Rändern – etwa in Deutschland, Frankreich und Polen. Während es den etablierten

Parteien zunehmend darum geht, ihre vermeintliche Stammwähler:innenklientel anzusprechen und zu mobilisieren, wird genau diese durch einen Mangel an Gesprächsangeboten für alle immer kleiner. Ein Dilemma: Der kurzfristige Mobilisierungseffekt verstärkt langfristig den politischen Antagonismus. Ein Strategiewechsel zum Umgang mit populistischen und extremistischen Parteien benötigt daher sowohl klarere inhaltliche Positionierung als auch größere kommunikative Offenheit gegenüber allen Wähler:innen.



## Zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Staat und Bürger:innen in der Erwartungsfalle

Was darf der Staat von seinen Bürger:innen erwarten und umgekehrt? Diese Frage begleitet Demokratien seit jeher, gewinnt aber in Zeiten globaler und gesellschaftlicher Umbrüche neue Bedeutung. Offensichtlich ist: Zwischen Staat und Bürger:innen klafft eine Erwartungslücke. Ansprüche und Praxis driften auseinander.

Der Staat fordert angesichts wachsender Herausforderungen, knapper Ressourcen und sinkender Handlungsfähigkeit von seinen Bürger:innen großes Vertrauen. Er erwartet die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung, etwa durch Wahlteilnahme, Gesetzesbefolgung oder Steuerzahlung. Jenseits von unternehmerischem oder ehrenamtlichem Engagement bleibt er aber zurückhaltend, wenn es um die Gestaltung konkreter Bürgerbeteiligung geht. Spätestens seit den Zeiten von New Public Management adressiert der Staat Bürger:innen oft als „Leistungsempfänger:innen“ – und bleibt in hierarchischen und bürokratischen Strukturen gefangen. Aktive demokratische Mitgestaltung seitens der Bürger:innen über Wahlen hinaus bleibt auf der Strecke. Damit setzt er sich selbst unter Druck, perfekte Lösungen und Services zu liefern, anstatt die Bürger:innen in den Streit um die beste Lösung einzubeziehen.

Doch auch die Bürger:innen haben widersprüchliche Erwartungen an den Staat: Er soll Rechte garantieren, maßgeschneiderte Dienstleistungen erbringen und die komplexen Probleme des Landes lösen – möglichst ohne persönliche Einschränkungen. Der Vertrauensvorschuss für den Staat wird immer kleiner: Nur noch

ein Viertel der Bürger:innen glaubt, dass der Staat seinen Aufgaben gewachsen ist.<sup>6</sup> Viele Bürger:innen begegnen dem Staat zunehmend genauso, wie er sie adressiert: als Kund:innen.

So sitzen Staat und Gesellschaft in einer Erwartungsfalle: Beide erwarten, dass die jeweils andere Seite „liefert“, bleiben aber in ihren Mustern gefangen und misstrauen sich gegenseitig. Das erschwert die gemeinsame Suche nach Lösungen. Wichtige Ressourcen, die für das Gemeinwesen gehoben werden könnten, schlummern auf diese Weise ungenutzt weiter – und die Verwaltung bleibt mit den wachsenden Aufgaben und der Unzufriedenheit von allen Seiten allein.

Es geht auch anders: Taiwan integrierte nach den Protesten der Sunflower-Bewegung 2014 bewusst Aktivist:innen in politische Prozesse, gründete ein Digitalministerium und entwickelte mit der Civic-Tech-Community das Projekt „vTaiwan“ – eine digitale Plattform, auf der Bürger:innen Gesetzesvorhaben mitgestalten können. Durch strukturelle Offenheit, digitale Innovation und die Mitwirkung der Bürger:innen entstand ein neuer Dialog zwischen Staat und Gesellschaft.

Eine Neujustierung gegenseitiger Erwartungen kann auch hierzulande Chancen eröffnen. Wenn der Staat nicht nur Autorität, sondern auch Ermöglichungen ist, lassen sich Bürger:innen als aktive Mitgestalter einer lebendigen Demokratie gewinnen. Dazu braucht es einen Perspektivwechsel auf beiden Seiten.



## Lineare Prozesse bei komplexen Krisen: Verwaltung im falschen Betriebssystem

Die öffentliche Verwaltung arbeitet heute in einem strukturellen Spannungsverhältnis. Einerseits folgt sie – auch bei komplexen Vorhaben – weiterhin den Logiken des Wasserfallprinzips, festen Hierarchien und klar abgegrenzten Zuständigkeiten: Prozesse werden Top-down gesteuert und beruhen auf der Annahme von Planbarkeit, Verlässlichkeit und Stabilität. Andererseits muss sie im Dauerkrisenmodus auf vieles gleichzeitig reagieren. Das Problem: Komplexe Krisen und Transformationen, wie etwa Klimawandel, Fluchtbewegungen

gen oder die Digitalisierung, lassen sich nicht „abarbeiten“, sondern erfordern kontinuierliche Anpassung und Zusammenarbeit. In einer dynamischen Welt stößt das aktuelle Modell an seine Grenzen: Die Verwaltung operiert im falschen „Betriebssystem“.

Politisch wird dem Druck, schnell auf Krisen und Umbrüche zu reagieren, mit immer neuen Regulierungsversuchen begegnet. Die Zahl geltender Gesetze, Einzelnormen und Rechtsverordnungen erreichte 2024 in Deutschland einen neuen Höchststand.<sup>7</sup> Dabei führt wachsende Komplexität zu mehr gerichtlichen Auseinandersetzungen. 2024 blieben 933.000 Verfahren unerledigt (2021: 727.021).<sup>8</sup>

Doch die institutionellen Voraussetzungen für die fachliche Vorbereitung und Umsetzung politischer Beschlüsse durch die Verwaltung verschlechtern sich zusehends.

Ressourcenknappheit, Rechtsunsicherheit und Zeitdruck engen den Handlungsspielraum ein. Digitalisierung und KI bieten eigentlich großes Potenzial, um komplexe Probleme besser zu bewältigen – etwa, indem sie Wissen und Daten aus verschiedenen Fachbereichen zusammenführen. Gleichzeitig könnten sie zeit- und personalressourcenintensive Abläufe automatisieren, nutzerfreundlich zusammenführen und so bessere Services für Bürger:innen und Unternehmen ermöglichen. Doch dieses Potenzial wird bislang kaum genutzt.<sup>9</sup> Das Festhalten an starren Hierarchien und Zuständigkeiten sowie vermeintlich der Datenschutz stehen dem entgegen. Oft fehlt es auch an Mut, etwas mehr Risikobereitschaft und Rückendeckung durch die politische Führung, manche Regeln flexibler auszulegen. Estland zeigt exemplarisch, wie Verwaltung digitaler geht.

ABBILDUNG 2 **Verwaltung im falschen Betriebssystem: Gegenwart und Zielbild im Vergleich**

Merkmale der Verwaltung im heutigen Betriebssystem:	Merkmale der Verwaltung der Zukunft im neuen Betriebssystem:
<ul style="list-style-type: none"><li>✓ linear</li><li>✓ hierarchisch</li><li>✓ siloartig</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>✓ adaptiv</li><li>✓ vernetzt und agil</li><li>✓ digital unterstützt</li></ul>

Quelle: Eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

*„Oft fehlt es auch an Mut, etwas mehr Risikobereitschaft und Rückendeckung durch die politische Führung, manche Regeln flexibler auszulegen.“*

Mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung ist auch in Deutschland neben Einführungen wie der Bundes-ID, der E-Akte in der Justiz oder der digitalen Patientenakte ein wichtiger Schritt erfolgt. Entscheidend ist nun, echte Steuerungskompetenz zu sichern, Aufgaben zu priorisieren und sich auf die Umsetzung zu konzentrieren – lernbereit, datenbasiert und ressortübergreifend.



## Die Anderen sind schuld: Konflikte verhärten sich

Gesellschaft geht nicht allein, es gibt sie nur mit Anderen.<sup>10</sup> Noch nie zuvor war die Bevölkerung der Bundesrepublik so divers wie heute. 2005 hatten in Deutschland 19 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, 2022 bereits 29 Prozent.<sup>11</sup> Nie gab es ein höheres Bewusstsein für unterschiedliche geschlechtliche Orientierung, verschiedene Lebens- und Familienmodelle. Auf der anderen Seite verkleinern sich jedoch Räume für echten Austausch. Vereine brechen weg, Innenstädte veröden, Meinungsaustausch findet immer vehemente und unkontrolliert im digitalen Raum statt. Was Demokratie aber braucht, gerade in einer pluralen Gesellschaft, sind Dialog und Verständigung, um immer wieder festzustellen, dass nicht nur Wir das Volk sind, sondern auch die Anderen.

Soziale Medien haben die gesellschaftliche Kommunikation radikal gewandelt: von Diskursen, die im Kleinen unmittelbar von der Realität in der eigenen Nachbarschaft und im Großen von Leitmedien, Parteien und Vereinen bestimmt waren, zu einem hochfragmentierten, digitalen Austausch, der permanent und gleichzeitig stattfindet und in dem immer mehr „Ich“ statt „Wir“ den Ton bestimmt.<sup>12</sup> In Sozialen Medien ist dieser Austausch oft mehr Ausbruch als Diskurs – er zielt auf Applaus oder Empörung und nur selten

auf Verständnis. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist die Akzeptanz des Anderen, die Möglichkeit, dass es auch abweichende Meinungen und Lebensformen gibt. Was in früheren Debatten noch Gegner:innen waren, sind heute oft Feinde. Wo einst in Parteien, Kirchen, unter Sozialpartnern oder in Vereinen Kompromisse geschmiedet wurden, stehen sich heute Konfliktparteien unversöhnlich gegenüber: „Die“ oder „Wir“, kein „Dazwischen“. Auch Dialogabbrüche häufen sich: Knapp ein Drittel der Befragten einer Fsoa-Umfrage gab an, aufgrund unterschiedlicher Ansichten den Kontakt zu Menschen aus ihrem Umfeld reduziert oder sogar abgebrochen zu haben.<sup>13</sup> Daran sind nicht allein Soziale Medien schuld. In jedem Falle aber stärken sie diese Entwicklung. Die Verhärtung gesellschaftlicher Konflikte wirkt momentan unausweichlich.

Doch selbst tiefe Konflikte können überwunden werden. Das ist eine Herausforderung für den digitalen Raum. Dennoch: Plattformen wie Reddit zeigen immerhin teilweise, dass differenzierte und pluralistische Debatten auch online möglich sind. Innovationen wie lokale Soziale Netzwerke, zum Beispiel das „Front Porch Forum“ in Vermont, verbinden digitale Kommunikation mit konkreten lokalen Anliegen und schaffen Raum für konstruktiven Austausch.<sup>14</sup> Hier begegnen sich Menschen nicht als vereinzelte Individuen, sondern als Bürger:innen – verbunden durch gemeinsame Rechte, Pflichten und Zugehörigkeiten. Dies ist die Grundlage für Akzeptanz und ermöglicht erst ein demokratisches Miteinander inmitten verschiedenster Lebensweisen und Ansichten.



## Bürgerbeteiligung: Dogmatische Debatten statt Stärkung des Innovationslabors

Demokratie lebt, wenn sich Menschen beteiligen und wenn Beteiligung Wirkung entfaltet. Dieses Ideal ist als politische Beschwörung weit verbreitet. Dann allerdings wird es schwierig. Zwar wird allgemein der Beifund geteilt, dass traditionelle Formen der Mitwirkung in Parteien, Verbänden und Gewerkschaften an Anziehungskraft verlieren. Doch die politischen Geister streiten sich, wie viel Raum und Wirkungsmacht neue Beteiligungsformen erhalten sollen.

Dabei ist Deutschland längst zu einem Innovationslabor neuer partizipativer Demokratieformen geworden: auf kommunaler Ebene schon sehr lange, auf Landesebene zunehmend mehr und inzwischen auch auf Bundesebene.<sup>15</sup> Das geht im allgemeinen Lärm der Demokratiedebatte, im deutschen Niedergangslamento rasch unter. Ganz deutlich wird dies bei Bürgerräten mit Zufallsauswahl. Selbst kleinere Kommunen führen diese durch und mehrere Bundesländer haben Bürgerräte in ihren Koalitionsverträgen verankert.

Allerdings fehlt es in vielen Verwaltungen immer noch an fundierten Kompetenzen zu situationsadäquaten Beteiligungsverfahren. Zudem gilt: Auch wenn die Einladung von Zufallsbürger:innen ein methodisch interessantes und Verbreitung findendes Verfahren ist, bleibt der Kreis der eigentlich Beteiligten oft sehr klein. Es sind dann nicht die „üblichen Verdächtigen“, aber für kritische Beobachter:innen immer noch „verdächtig wenige“. Das liegt auch daran, dass die Verbindung von analoger Beteiligung mit breiter, digitaler Debatte nach wie vor selten ist. Und wo rein digitale Beteiligungsformate durchgeführt werden, wird oft zu wenig an den kommunikativen Outreach gedacht.

---

*„Notwendig ist eine pragmatische Debatte über Raum, Chancen und Grenzen von Beteiligung – und gezielte Anstrengungen, damit sich mehr Menschen in die Gestaltung des Gemeinwesens einbringen.“*

---

Hinzu kommt eine neue, für die gesamte Partizipationslandschaft wenig förderliche Entwicklung. In die Diskussion um die Stärkung etablierter und die Weiterentwicklung neuer Verfahren hat sich ein dogmatischer Ton eingeschlichen. Exemplarisch zeigt sich dies bei den Bürgerräten: Sie sind selbstverständlich keine „Alternativparlamente“, wie gerne von Gegner:innen betont wird. Die allermeisten Menschen, die ein solches Verfahren mitgemacht haben, sind sich der Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerräten bewusst, wünschen sich aber, dass die Ergebnisse ernst genommen werden und in politische Debatten einfließen.

Notwendig ist eine pragmatische Debatte über Raum, Chancen und Grenzen von Beteiligung – und gezielte Anstrengungen, damit sich mehr Menschen in die

Gestaltung des Gemeinwesens einbringen. Der Beteiligungsfächer sollte breiter sein: Traditionelle Formate dürfen nicht gegen neue Ansätze ausgespielt werden. Ein Zuviel an gutem Dialog, spannendem Diskurs und wirkungsvoller Beteiligung gibt es nicht.



## Fixstern oder Freiraum: Braucht es ein gemeinsames Zukunftsbild?

Die Demokratie war immer ein Zukunftsversprechen. Was aber, wenn überall nur noch Katastrophen, Kakkophonie und Krisen lauern, wenn der Glaube an den wirtschaftlichen Aufstieg nicht mehr existiert? Könnte in Gesellschaften voller Unsicherheiten, Egoismen und wachsender Exklusion ein gemeinsames Zukunfts Bild wichtige Orientierung bieten?

Die Forderung ist jüngst wieder öfter zu hören, aus unterschiedlichen politischen Lagern. Ein Narrativ müsste her, nicht verordnet von oben, aber doch angeleitet seitens der Politik. Ein etwas einheitlicheres, positiveres Bild der Zukunft liberaler Demokratien – ein Gegenentwurf zu den Trumps und Orbáns dieser Welt.

Zweifellos: Ein Zukunfts Bild, wenn viele es teilen, kann Fixstern gemeinsamen Strebens sein. Die früher stabileren gesellschaftlichen Selbstverständnisse und politischen Lager lösen sich auf. Gesellschaftliche Pluralität, technologische Beschleunigung und globale Herausforderungen fordern Identitäten und Gemeinschaftsgefühl heraus. Mehr Gemeinsamkeit könnte helfen, die gesellschaftliche Fragmentierung zu überbrücken, geteilte Ziele sichtbar zu machen und die Demokratie von morgen emotional wie rational aufzuladen.

Aber es gibt Gründe, sich gegenüber dem Ruf nach einem übergreifenden Zukunfts Bild skeptisch zu zeigen. So birgt die Idee die Gefahr, Unterschiede zu nivellieren oder kulturelle Vielfalt zugunsten einer dominanten Deutung zu unterdrücken. Wer sagt, was darin vorkommen soll und was zu tun ist bei gegensätzlichen Auffassungen von der „gemeinsamen“ Zukunft? Offene Gesellschaften leben vom Streit und dem Aushalten unterschiedlicher Weltdeutungen. Der Wunsch nach „einem“ Zukunfts Bild kann autoritäre Sehnsüchte nähren und statt Integration neue Ausschlüsse produzieren.

Jede Zukunftsperspektive benötigt zunächst eine Anerkennung des Jetzt: Konflikte sind real und müssen sich in unterschiedlichen Politikvorschlägen wider spiegeln. Als einzelne Bürger:innen, als Individuen mit Unsicherheiten, Wünschen und Hoffnungen, sehnen wir uns nach einer Zukunft mit einer positiven Verheißung und haben dennoch ganz unterschiedliche Vorstellungen davon. Das ist der eigentliche Auftrag an die demokratischen Parteien – nicht als gemeinsames Projekt, sondern als Aufforderung, aus Umfrage- und Wahlzyklus fixierten Diskussionstälern herauszuklettern und den Menschen eine Idee vom Morgen zu geben.

---

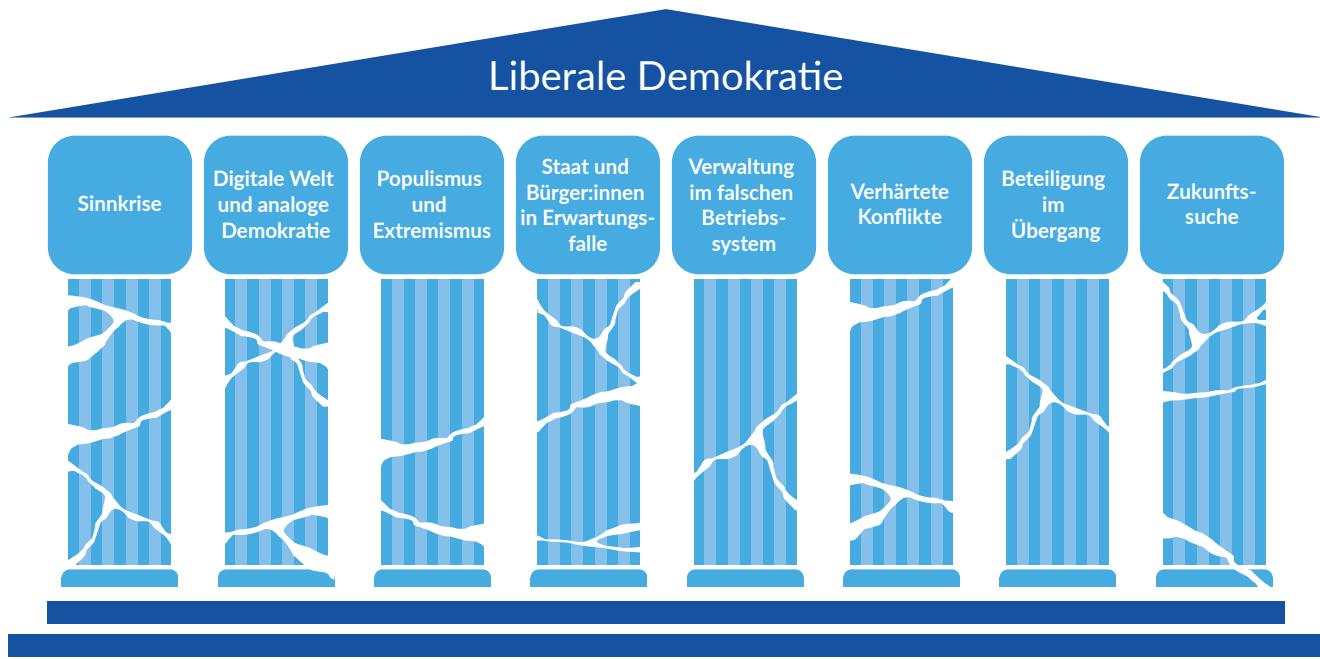
*„Das ist der eigentliche Auftrag an die demokratischen Parteien: den Menschen eine Idee vom Morgen zu geben.“*

---

Demokratische Gesellschaften müssen über ihr Selbstverständnis, ihre Ziele und ihre Widersprüche im Gespräch sein, Räume für Kompromisse umreißen und Verständigung suchen. Ohne Gemeinsames wird Trennendes größer – und das Risiko, dass der öffentliche Raum in Parallelwelten zerfällt, in denen Misstrauen, Vereinfachung und Abgrenzung dominieren. Gerade in sehr heterogenen Gesellschaften ist das Ringen um ein geteiltes Minimum an Deutung zentral – über das, was uns verbindet, herausfordert oder verpflichtet. Wie gestalten wir unsere Demokratie als gemeinsames Projekt, das Beteiligung ermöglicht? Wie wird die digitale und ökologische Transformation sozial gestaltet – im Dienste der gesellschaftlichen Teilhabe, der Generationengerechtigkeit und der Lebensqualität für alle? Wie stellen wir Vielfalt, Dialog und das Aushandeln komplexer Interessen in den Mittelpunkt, statt kulturelle Unterschiede zur Bedrohung zu stilisieren?

Diese Fragen schaffen kein einheitliches Zukunfts Bild, weisen aber über den Tag hinaus. Es braucht mehr gesellschaftliche Verständigung: den gemeinsamen Versuch, zu klären, wie wir diskutieren und streiten, Trennendes akzeptieren und ganz grundlegend, was Demokratie uns heute bedeutet und wie wir sie leben wollen.

ABBILDUNG 3 Acht Bruchlinien gegenwärtiger Demokratie



Quelle: Eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

## Von Bruchlinien zu tragfähigen Brücken: drei übergreifende Gedanken

In acht Bruchlinien haben wir reflektiert, woran unsere Demokratie derzeit leidet. Wir haben Wege der Stärkung und Weiterentwicklung skizziert, über die es sich unseres Erachtens nachzudenken und zu diskutieren lohnt. Mit drei überwölbenden Gedanken wollen wir schließen – zum Wesen der Demokratie, zum Verständnis von Konflikt und Kompromiss sowie zur Bedeutung von Beteiligung, dabei insbesondere neuen Formen der Beteiligung.

### Was wir vom demokratischen Staat im KI-Zeitalter erwarten können

So etwas wie eine reibungslose Demokratie kann und soll es auch im KI-Zeitalter nicht geben, denn Demokratie lebt von Disput und Konflikt. Abwägung und Aushandlung gehören zu ihrem Wesen, Fehler sind unvermeidbare Voraussetzung von Weiterentwicklung und Innovation. Tempo zählt, wo Gefahr im Verzug ist oder legitimisierte Entscheidungen zügig umgesetzt werden müssen. Doch dort, wo Legitimität entsteht – im Ringen, in der Aushandlung – braucht Demokratie Zeit und Raum für Begründung und Revision. Solche

Prozesse des Abwägens dürfen auch im KI-Zeitalter nicht gekappt werden. Neue Technologien können aber helfen, mehr Tiefe in Diskussionen herzustellen und sie in ihrer Qualität zu stärken. Demokratische Kunst im KI-Zeitalter könnte darin bestehen, Geschwindigkeit klug zu dosieren: zu beschleunigen, wo Klarheit herrscht und Vertrauen bereits verankert ist, und zu verlangsamen, wo Fairness, Kompromiss und Folgenabschätzung erarbeitet werden müssen; wo Verständigung erst wächst.

Was bräuchte es dafür? Zunächst einmal offene Arenen der Debatte, in denen Pluralität und Argumente sichtbar werden. KI und Digitalisierung könnten darin eine Vielzahl unterschiedlicher Positionen differenziert sichtbar machen, Minderheiten-Stimmen bewahren und Räume des Kompromisses transparent kartieren. Aber es bräuchte dafür auch eine Verwaltung mit Freiräumen: weniger kleinteilige Normen, mehr Entscheidungsspielräume und Priorisierungskompetenz, damit Erfahrung statt Formalismus zählt. Und der Staat selbst? Er könnte sein Selbstverständnis vom Alleskönnen zum Ermöglichen wandeln und Kooperationsräume öffnen, in denen Bürger:innen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft Verantwortung mittragen.

## Wie Verständigung und Kompromiss in der digitalisierten Gesellschaft möglich werden

Individualisierung und Digitalisierung prägen unsere Gegenwart. Menschen sind vernetzt wie nie, sprechen aber seltener wirklich miteinander. Zwischen fragmentierten Lebenswelten, parallelen Öffentlichkeiten und personalisierten Wahrheiten wird Verständigung zur Herausforderung, die sich nicht mit Nostalgie bewältigen lässt. Die Gesellschaft von gestern kehrt nicht zurück.

---

*„Was wir brauchen, ist ein Nachdenken über eine neue Kultur des konstruktiven Streits und des Kompromisses.“*

---

Wer Verständigung will, muss tiefer ansetzen: an ihrem Fundament, also unserem Verständnis von Konflikt und Kompromiss. Konflikt im Zeitalter der Polarisierung kann nur gewonnen oder verloren werden. Medial inszeniert erscheint er als Spektakel, nicht als legitimer Ausdruck von Pluralität oder als produktive Reibung, aus der gesellschaftlicher Fortschritt entstehen kann. Auch der Kompromiss wird mit Skepsis betrachtet: In einer Zeit, die nach Klarheit verlangt, wirkt er auf viele als Zeichen der Schwäche, statt als Errungenschaft und Ausdruck einer funktionierenden Demokratie.

Was wir brauchen, ist ein Nachdenken über eine neue Kultur des konstruktiven Streits und des Kompromisses: eine, die Differenzen nicht einebnen, sondern anerkennt und aus ihr heraus gemeinsame Wege findet. Diese Kultur braucht digitale und analoge Räume, in denen demokratischer Austausch stattfindet und eingeübt werden kann. Die Diskussion um ein gemeinsames Zukunftsbild ist hierfür ein interessantes Beispiel: Auch da ist es nicht die Einigkeit, die wir benötigen oder herbeisehnenv sollten, sondern vielmehr die Bereitschaft, auch über Uneinigkeit zu sprechen und diese auszuhalten.

Vieles ist auf diesem Weg hin zu mehr Verständigung und Kompromiss noch offen. Etwa: Wie lassen sich digitale Räume voller laut Streitender konkret gestalten, ohne affektive Polarisierung zu verstärken? Wie gestalten wir Verständigung so, dass sie bewusst auch leise

Stimmen und marginalisierte Gruppen einbezieht? Das Neudenken von Verständigung und Kompromiss in einer digitalisierten Gesellschaft ist kein nostalgisches Projekt, sondern radikale Notwendigkeit.

## Wie Bürgerbeteiligung zu politischem Fortschritt beitragen kann

Beteiligung ist das Teilhabeversprechen einer lebendigen Demokratie. Dennoch wird sie in der politischen Praxis allzu oft als Zumutung behandelt. Dabei liegt in ihr enormes Potenzial. Die Frage ist, wie wir Beteiligung so gestalten, dass sie Wirkung entfalten kann. Sie sollte einfacher, einladender, zugänglicher werden; weniger „German overengineering“, mehr Gelegenheiten für möglichst viele Menschen bieten, gehört zu werden und Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Dazu zählt auch ein neues Rollenverständnis staatlicher Akteure. Beteiligung nicht als lästiges Beiwerk, sondern als Brücke zwischen öffentlicher Debatte und politischer Entscheidung. Damit das gelingt, braucht es aber nicht nur Haltung, sondern auch Ressourcen. Beteiligung braucht Know-how, Zeit, Personal, Rückendeckung und das Bewusstsein, dass durch sie nicht Kontrolle verloren, sondern Qualität gewonnen wird.

Ein Zukunftsversprechen liegt in der Verbindung analoger und digitaler Räume. Hier gilt: Nicht Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. KI kann eine neue Rolle spielen. Wenn sie klug eingesetzt wird, kann sie Beteiligungsprozesse strukturieren, Zugänge erleichtern, Diskussionen visualisieren oder Themen bündeln. Sie kann helfen, viele Stimmen hörbar zu machen, ohne dass einzelne untergehen.

Wie bringen wir Beteiligung und gesellschaftliche Debatte enger zusammen? Heute laufen viele Beteiligungsprozesse als „Black Box“<sup>16</sup>. Zu wenige haben Zugang, zu wenige bringen sich ein, zu wenig ist die eigentliche Wirkung spürbar. Doch Beteiligung lebt von Sichtbarkeit. Was wir brauchen, ist weniger ein konsensfähiges Idealmodell neuer Beteiligung als vielmehr den geteilten Willen, offene Räume zu schaffen, in denen Verständigung und Kompromisssuche möglich sind. Eine pragmatische, zielorientierte Debatte über wirkungsvolle Verfahren und Methoden. Wenn wir Beteiligung auf diese Weise weiterdenken, kann sie vom technischen Verfahren zu einem demokratischen Resonanzraum werden, in dem Selbstwirksamkeit gelebt wird.

# Einwurf

## Autor:innen



**Dr. Dominik Hierlemann**

Senior Advisor

dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de



**Dr. Stefan Roch**

Project Manager

stefan.roch@bertelsmann-stiftung.de



**Rebekka Vollmer**

Project Manager

rebekka.vollmer@bertelsmann-stiftung.de



**Dr. Angela Jain**

Senior Project Manager

angela.jain@bertelsmann-stiftung.de

## Literatur

- 1 Krastev, Ivan, und Stephen Holmes (2019). *The Light That Failed: A Reckoning*. London: Penguin.
- 2 Stewart, Jon (2024). „The War Over Reality“. *The Daily Show*, 24.1.2024. [Analog Gov't vs. Digital World | The Daily Show](#) (Download 12.9.2025).
- 3 Max-Planck-Gesellschaft (2024). „Digitale Medien gefährden Demokratie“. Pressemitteilung, 3.4.2024. [Digitale Medien bedrohen Demokratie](#) (Download 12.9.2025).
- 4 Orcutt, Mike (2018). „The Simple but Ingenious System Taiwan Uses to Crowdsource Its Laws“. *MIT Technology Review*, 21.8.2018. [The simple but ingenious system Taiwan uses to crowdsource its laws | MIT Technology Review](#) (Download 27.5.2025)..
- 5 Bertelsmann Stiftung und Universität Heidelberg (2018). „Populism and Transformation in the Twenty-First Century: Bertelsmann Transformation Index Findings, 2006–2018.“ Gütersloh, unveröffentlichtes Manuskript.
- 6 Deutscher Beamtenbund (2024). „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2024“. [240626\\_130624\\_Buergerbefragung\\_Oeffentlicher\\_Dienst\\_2024.pdf](#) (Download 21.9.2025).
- 7 Deutscher Bundestag (2024). „1.797 Gesetze und 2.866 Rechtsverordnungen gelten aktuell“. [hib – heute im Bundestag](#), 21.6.2024. [Deutscher Bundestag - 1.797 Gesetze und 2.866 Rechtsverordnungen gelten aktuell](#) (Download 12.9.2025)
- 8 ZDF (2024). „Staatsanwaltschaften: Mehr als 933.000 unerledigte Verfahren“. *ZDF-Nachrichten*. [https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/staatsanwaltschaft-mehr-verfahren-offen-justiz-100.html](#) (Download 27.5.2025).
- 9 Initiative für einen handlungsfähigen Staat (2025). *Zwischenbericht – Empfehlungen für eine zukunftsfähige Staatsmodernisierung*. Berlin: Hertie School.
- 10 Charim, Isolde (2019). „Gesellschaft gibt es nur mit anderen“. *taz – die tageszeitung*, 23.3.2019. [Kolumne Knapp überm Boulevard: Gesellschaft gibt es nur mit anderen | taz.de](#) (Download 27.5.2025).
- 11 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2024). *Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund neu entdecken*. BiB – Publikationen – [Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund neu entdecken](#) (Download 27.5.2025).
- 12 Reuschenbach, Julia, und Korbinian Frenzel (2024). *Defekte Debatten: Warum wir als Gesellschaft besser streiten müssen*. Berlin: Suhrkamp. 16.
- 13 Forsa (2025). „Aktuelle Umfrage zur gesellschaftlichen Spaltung“. Im Auftrag der Berliner Zeitung. [Aktuelle Forsa-Umfrage: 82 Prozent der Deutschen sehen gesellschaftliche Spaltung](#) (Download 12.9.2025).
- 14 New Public (2024). „Front Porch Forum Report“. [Front-Porch-Forum-report-2.pdf](#) (Download 12.9.2025)..
- 15 Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung und Mehr Demokratie (2024). „Bürgerräte in Deutschland“. [Germany is world champion of citizens' assemblies](#) (Download 12.9.2025).
- 16 Bertelsmann Stiftung (2024). „Bürgerbeteiligung als öffentliche Debatte: Das Projekt „Forum gegen Fakes“ (SHORTCUT 12)“. [SHORTCUT 12 - Bürgerbeteiligung als offene Debatte. Das Projekt „Forum gegen Fakes“](#) (Download 12.9.2025).

Dieser **EINWURF** basiert auf dem Diskussionspapier zu den Weimarer Gesprächen 2025, einem multisektoralen Dialog der Deutschen Nationalstiftung und der Bertelsmann Stiftung.

### V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256  
D-33311 Gütersloh · [www.bertelsmann-stiftung.de](#)

Dr. Dominik Hierlemann

Redaktionsassistenz und Anfragen:  
[sandra.stratos@bertelsmann-stiftung.de](mailto:sandra.stratos@bertelsmann-stiftung.de)

Tel. +49 5241 81 81403

November 2025 | ISSN: 2197-5256

### EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der **EINWURF** ist ein Policy Brief des Programms »Demokratie und Zusammenhalt« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Herausforderungen der Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, der Diskurs- und Konfliktfähigkeit, des Engagements und Miteinanders, der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren und der Zukunftsgerechtigkeit.